

Pressemitteilung

Luxemburg, den 12. Dezember 2008

Die DP unterstützt die Gewerkschaften in Sachen Arbeitszeitrichtlinie

Am 17. Dezember wird das Europaparlament in der zweiten Lesung zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie darüber abstimmen, ob die sozial vorteilhaftere Position des Europaabgeordneten Alejandro Cercas oder der missratene politische Kompromiss der EU-Arbeitsminister angenommen wird.

Obwohl die Änderung der Arbeitszeitrichtlinie zum Ziel hat, die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer, sowie einen besseren Ausgleich zwischen Arbeits- und Privatleben zu gewährleisten, haben die Arbeitsminister der EU-Mitgliedstaaten – unter ihnen der luxemburgische Arbeits- und Beschäftigungsminister François Biltgen – am 9. Juni im Dossier Arbeitszeit eine für die Gewerkschaften inakzeptable Einigung getroffen: das berühmt-berüchtigte „opt-out“ wird nicht abgeschaffen sondern verallgemeinert, der Bereitschaftsdienst zählt weder als Arbeitszeit noch als Ruhezeit und die Referenzperiode für die Berechnung der Arbeitszeit wird von vier auf zwölf Monate erhöht und ermöglicht somit überlange Arbeitswochen.

Die luxemburgischen Gewerkschaften CGT-L (OGBL/FNCTTFEL) und LCGB sind gegen diesen politischen Kompromiss und befürworten die sozialere Position des Europaparlaments. Sie begrüßen ebenfalls, dass das spanische Nationalparlament sich in einer Resolution einstimmig gegen den Beschluss der EU-Arbeitsminister ausgesprochen hat und hatten die luxemburgischen Abgeordneten gebeten, diesem Beispiel zu folgen und ihnen die Möglichkeit eines Gespräches über die Arbeitszeitrichtlinie angeboten.

Die Demokratische Partei (DP) ist dieser Einladung der CGT-L (OGBL/FNCTTFEL) und des LCGB gefolgt, um über die bevorstehende Änderung der Arbeitszeitrichtlinie zu diskutieren. Genauso wenig wie die Gewerkschaften, kann die DP verstehen, wie der luxemburgische Arbeits- und Beschäftigungsminister François Biltgen für den politischen Kompromiss vom 9. Juni stimmen konnte, obwohl er eigenen Aussagen nach der Auffassung ist, dass es sich um eine schlechte Einigung handelt.

Die DP befürwortet prinzipiell die Position des Europaparlaments. Was die 1993 für die Briten eingeführte „opt-out“-Klausel zur 48 Stunden Woche, so spricht sich die DP gegen eine Verallgemeinerung dieser Klausel aus.

Die DP befürwortet eine Regelung der Arbeitszeiten mittels sektoriellen Kollektivverträgen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeitnehmer, aber auch eine gewisse Flexibilität der Unternehmen gesichert sind. Prinzipiell spricht sich die DP für eine Ausweitung der Referenzperioden auf diesem Weg auf 12 Monate aus, um somit den Unternehmen mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung zu ermöglichen.

Trotz einiger Differenzen ist die DP dazu bereit, die Gewerkschaften im Dossier Neufassung der Arbeitszeitrichtlinie zu unterstützen.

Mitgeteilt von der DP und dem Gemeinsamen Europäischen Sekretariat der CGT-L (OGBL/FNCTTFEL) und des LCGB (<http://www.secec.lu>)